

Haushaltsdebatte

Stellungnahme Ministerin Klinkenberg

Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Kolleginnen und Kollegen,

Bevor ich ins Inhaltliche einsteige, gestatten Sie mir bitte eine Bemerkung vorab. Herr Kraft, diese Bemerkung geht an Ihre Adresse. Ich muss Ihnen sagen, dass ich von Ihnen enttäuscht bin. Eine derartige Respektlosigkeit, wie ich Sie von Ihnen am Montag vernommen habe, hätte ich von Ihnen nicht erwartet! Sie dürfen gerne konstruktive Kritik an der Arbeit vom meinem Vorgänger üben, aber Harald Mollers derart zu diskreditieren, wie sie es am Montag getan haben, wohlwissend, dass er sich hier nicht verteidigen kann, ist gelinde gesagt eine Sauerei und ehrlich gesagt eines Parlamentariers nicht würdig!

Wissen Sie, die wichtigsten Entscheidungen für dieses Schuljahr wurden in den Sommermonaten getroffen: Das Schuljahr wurde vorbereitet, CIMs mit den anderen Unterrichtsminister haben stattgefunden, Gespräche mit den Schulleitern wurden geführt, Regierungssitzungen wurden abgehalten, alles bevor das Parlament zu seiner Sitzungsperiode zusammengetreten ist. Und doch hat die Regierung sich im Parlament stets offen gezeigt für einen konstruktiven Dialog. Ich denke beispielsweise an die wöchentliche Corona-Sitzung der Fraktionsvorsitzenden, der Sie, Herr Kraft, zugebenermaßen nicht angehören. Konstruktiv gemeinte Vorschläge der Opposition sind wird stets gewillt umzusetzen, denn gerade in Corona-Zeiten ist ein demokratischer, parteiübergreifender Ansatz zur Überwindung der Krise der einzig richtige. Und so stehen wir auch in einem regelmäßigen, engen Dialog mit allen Akteuren, um sie zu unterstützen, wo wir können und die notwendigen Ressourcen zu mobilisieren.

Die Zeiten, die wir erleben, sind beispiellos. Der Virus beschert uns jeden Morgen eine neue Unbekannte. Wer behauptet die 2. Welle, in dem Maße wie

wir sie immer noch erleben, sei vorhersehbar oder gar planbar gewesen, der verkennt die Situation. Oft genug bin ich mit den Gesundheitsexperten unseres Landes in Kontakt, um zu wissen, dass auch sie uns heute keine Auskunft darüber geben können, wie die Lage beispielsweise im Januar aussehen wird. Die Gesellschaft ist durch die Krise geschwächt. Wann wenn nicht jetzt, sollten wir an einem Strang ziehen statt uns in politischen Grabenkämpfen um Zuständigkeiten zu verlieren. Es geht nicht darum, politische Vorteile aus der Krise zu ziehen. Es geht darum, tatkräftig an ihrer Überwindung mitzuarbeiten. Und genau das ist unser aller Aufgabe! Und gerade in meinen Zuständigkeitsbereichen geht es um Zukunft. Es geht um Bildungs- und Berufschancen. Es geht um Kinder und es geht um Perspektiven. Und die sind wichtiger denn je.

Darum freue ich mich, dass ca. 31% unseres Haushalts in den Bildungsbereich fließen und dieser erneut massiv erhöht wurde.

Gerade weil die Rahmenbedingungen rund um Corona nun wirklich keine einfachen sind und die Bildungsakteure vor viele Herausforderungen stellen, die Ihnen Flexibilität und Belastbarkeit abverlangen. Der Sommer wurde genutzt, um in Erwartung einer zweiten Welle den Fern- bzw. Hybridunterricht vorzubereiten. Am 11. Juni 2020 haben die Schulen per E-Mail vom Fachbereich Pädagogik des Ministeriums Instrumente zur internen Evaluation des Fernunterrichtes erhalten. Aus Schulleiterversammlungen wissen wir außerdem, dass Absprachen getroffen wurden.

Am 22. Oktober hat die DG dann auf den Farbcode rot geschaltet. Wir waren damit die ersten und die einzigen, die zum Code rot gewechselt sind, um dem Infektionsgeschehen in Ostbelgien Rechnung zu tragen. Die vorbereitenden Arbeiten dazu haben im Sommer stattgefunden. Und so wurden auch durchaus rechtzeitig Corona-bedingte Maßnahmen ergriffen.

Der Wechsel in das neue Ampelsystem ist zugegebenermaßen spät erfolgt. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinschaften aufgefordert wurden, ihre sektoriellen Protokolle an das Barometer des Föderalstaates anzupassen und das hat lange auf sich warten lassen. Manche Dinge kann die DG in der föderalen Phase nun mal nicht alleine entscheiden. Da sind Absprachen erforderlich, mit den anderen Gliedstaaten, um sicherzustellen, dass es eine gemeinsame nationale Vorgehensweise gibt. Andere Entscheidungen wiederum sind abhängig vom Konzertierungsausschuss (damals hieß er noch Nationaler Sicherheitsrat) bzw. der föderalen Regierung. Und Ihnen wird nicht entgangen sein, dass gerade auf föderaler Ebene in dieser Zeit viele personelle Wechsel stattgefunden haben und Belgien eine neue Regierung erhalten hat. Untätigkeit kann man gerade der DG in diesen Zeiten nicht vorwerfen. Und ich weiß, dass mein Vorgänger gerade in den Sommermonaten hart gearbeitet

hat, sehr zum Leidwesen seiner Gesundheit und seiner Familie. Ihm vorzuwerfen, er habe die Schulen alleine gelassen, ist eine Frechheit. In der Woche jedenfalls, in der das föderale Barometer veröffentlicht wurde, haben die drei belgischen Bildungsminister das Ampelsystem unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Experten umgehend angepasst. In den Schulen, wo aufgrund des allgemeinen Infektionsgeschehens in der Bevölkerung die Quarantänefälle zunahmen und die Unterrichtsorganisation erheblich erschwert wurde, wurde auch vor dem Code-Wechsel die Möglichkeit genutzt, bei Bedarf nach Rücksprache mit dem Kabinett und dem Schulträger in den Fernunterricht zu wechseln.

Nun habe ich von Ihnen, Herr Mertes, eine Anhäufung von Negativbeispielen zur Organisation des Hybridunterrichts gehört. Ich stehe in einem sehr engen Kontakt mit den Schulen und ich kann Ihnen sagen, dass die Schulen sehr bemüht sind und dass Hybridunterricht nicht per se schlecht ist. Die Schulen haben in kürzester Zeit den Weg zur Digitalisierung vieler Unterrichte beschleunigt. Dabei findet Fernunterricht in den unterschiedlichsten Varianten und unter Einsatz verschiedenster didaktischer Methoden statt, also nicht zwangsläufig über Live-Streaming oder Arbeitsblätter. Die Informations- und Medienkompetenz werden durch Corona besonders gefördert, was wichtig für das spätere Berufsleben unserer Schüler ist. In Begleitung der Lehrer lernen sie autonomer und selbstverantwortlicher zu arbeiten und sich ihren Alltag selbstständig zu organisieren. Aufgrund der Distanz ist die Kommunikation zwischen Schüler und Lehrern nun anders, aber auch differenzierter möglich. Auch tauschen Lehrer sich untereinander über ihre Unterrichte aus, so dass auch hier eine neue Form der Zusammenarbeit entstanden ist. Die Digitalisierung trägt also zur Schulentwicklung bei. Alles ist noch relativ neu, muss schnell umgesetzt werden, was mit Mehrbelastung für die Lehrer verbunden ist und muss zum gegebenen Zeitpunkt evaluiert werden, aber die Schulen sind auf einem erfolgreichen Weg. Um sie zu unterstützen bei der Umstellung auf den Fernunterricht, habe ich ganz zu Beginn meiner Amtszeit eine neue Arbeitsgruppe einberufen - bestehend aus dem Fachbereich Pädagogik, der Externen Evaluation, der Schulentwicklungsberatung, der AHS und der Fachberatung Medien und sie damit beauftragt, zeitnah ein bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot für Lehrer zusammenzustellen und die Webseite der Fachberatung Medien entsprechend zu überarbeiten. Dieses Angebot wird sehr gut genutzt. Nächste Woche findet beispielsweise ein Webinar statt, das bereits ausgebucht ist. Die neuen Erkenntnisse und „lessons learnt“ hinsichtlich der Digitalisierung der Schulen werden selbstverständlich in die Gesamtvision einfließen.

Auch wenn ich nach wie vor, eine schnellstmögliche Rückkehr in den Präsenzunterricht befürworte, sobald es das Infektionsgeschehen erlaubt, bin ich sehr froh über die Dynamik aller Akteure in diesen unsicheren Zeiten.

„Neues entsteht, wo Altes sich wandelt.“

Ich danke an diese Stelle nicht nur den Schulleitern und Lehrern, sondern auch dem Reinigungspersonal, den Tracern, Kaleido, den Kinderbetreuern und allen anderen Akteuren. Sie leisten Außergewöhnliches und haben bewiesen, dass wir nicht machtlos sind gegen das Virus.

Ja und dann sind da noch die Laptops. Ginge es nach Herrn Kraft, dann hätten wir jedem Schüler einen Laptop schicken sollen, am besten per Post, direkt in den Briefkasten! Bei dieser Maßnahme ging es allerdings nicht darum, ganz Ostbelgien mit Elektroschrott zu überschwemmen, sondern nachhaltig dort Abhilfe zu schaffen, wo Schülern zuhause kein Laptop zur Verfügung stand. Und daher bin ich auch der Meinung, dass der Weg, den Bedarf über die Schulen zu erfragen, genau der richtige war. Sie sind doch selber Lehrer, Herr Kraft. Ich bin ganz sicher, unsere Lehrer kennen ihre Schüler und verfügen über ausreichend Sensibilität, um ein Auge auf die Benachteiligten unter ihnen zu haben und dafür zu sorgen, dass jeder Schüler ein Notebook erhält, der eins benötigt. Wer wenn nicht die Lehrer weiß, welche Schüler schlecht erreichbar sind. Mal davon abgesehen wäre die Scham der Eltern nicht kleiner, wenn sie ihren Bedarf direkt beim Ministerium, oder wenn es nach Ihnen geht wahrscheinlich noch direkt bei der Ministerin, anmelden müssten. Die Regierung baut im Gegensatz zur CSP auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Schule und Eltern. Wir haben jedenfalls von jeder Sekundarschule und den beiden ZAWM eine positive Rückmeldung erhalten! Ein Bedarf von 619 Laptops wurde angemeldet, 650 wurden bestellt, nachdem bereits in der ersten Welle im vergangenen Schuljahr 500 Laptops bestellt wurden. Die Grundschulen sind dabei ebenfalls berücksichtigt worden. Das KAE den hat den größten Bedarf angemeldet. Im Haushalt 2020 sind zur Anschaffung dieser Laptops 500.000 Euro vorgesehen. Bedauerlich ist, dass die Lieferfrist sehr lang ist. Mitte Januar erhalten wir diese Laptops, was aufgrund der Tatsache, dass der Markt gesättigt ist, wirklich sehr schnell ist. Der Anbieter vom Frühjahr, bei dem wir noch eine 2. Option offen hatten, ist nach wie vor nicht in der Lage zu liefern.

Im nächsten Jahr werden weitere 3.000.000 Euro für die Ausrüstung des Lehrpersonals und der 1. und 2. Sekundarschuljahrgänge vorgesehen, nachdem die höheren Jahrgänge ja, wie gerade erwähnt, bereits ausgestattet wurden bzw. werden. Außerdem werden die Sekundarschulen mit einer Glasfaserverbindung ausgestattet und sollen mit dem Sammeldekret 2021 einen IT-Verantwortlichen erhalten.

Damit sind wir dann auch beim „Guten Personal für gute Schulen“. Die Dienstrechtsreform liegt nicht auf Eis, wie der ein oder andere vermutet. Hier ist sogar Vieles passiert in den letzten Jahren. Es wurden Auswahlämter geschaffen oder modernisiert wie z.B. förderpädagogische Berater, Direktionssekretäre, Middle Manager, Werkstatteiter, Kindergartenassistenten, Fachteamleiter und Fachberater. Die Modernisierung des Dienstrechts ist ein kontinuierlicher und komplexer Prozess, der auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden wird, wobei die Prioritäten sich am ausgehandelten Sektorenabkommen 2019-2024 orientieren müssen. Und so werden mit dem Sammeldekret 2021 die unbefristeten Verträge ab Dienstbeginn eingeführt.

Zu den Gehaltsbaremen: Ich bin froh, Herr Jerusalem, dass der Astrophysiker sich in Lehrermangelzeiten für einen Job im Unterrichtswesen interessiert. Noch besser wäre es natürlich, dass er Naturwissenschaften unterrichten würde, aber was nicht ist, kann ja noch werden. Prinzip im Unterrichtswesen ist die Bezahlung nach Diplom. Im Rahmen der Baremenreform 2009 und der Reduzierung dieser Baremen auf 4 wurde dieses Prinzip eingeführt und die Einstiegsgehälter progressiv um 10% erhöht. Sicher ist auch dieses System nicht zu 100% gerecht, aber es ist sehr viel gerechter als alle Systeme, die wir vorher hier gekannt haben und in den anderen Landesteilen weiterhin kennen. Die Herausforderung besteht nun darin, auch die Nachteile des jetzigen Systems auszubügeln. Und das ist in vielfacher Weise bereits geschehen. Sie selbst haben dafür einige Beispiele genannt (z.B. die Schaffung verschiedener Ämter (z.B. Förderpädagogen). Aber selbstverständlich bleibt noch Einiges zu tun. Und so brauchen wir auch eine deutliche Aufwertung der Führungskräfte im Unterrichtswesen. Genau das aber, und das müssten Sie eigentlich wissen, wird ebenfalls geschehen – ebenfalls im Rahmen des Sammeldekretes 2021. Die Gehälter für Personalmitglieder in Auswahl- und Beförderungsamtern werden ab September 2021 substanziell erhöht, was zu jährlichen Mehrkosten von 700.000 Euro führt. Die Attraktivität der Schulleiter-Position wird außerdem durch die Erhöhung der Schulleitergehälter erhöht. Selbstverständlich sind wir außerdem bereit, über weitere Anpassungen zu diskutieren. Dabei ist vorab die Frage zu klären, was Sie wollen: mehr Gehalt oder mehr Gerechtigkeit für alle?

Herr Jerusalem, Sie haben auch behauptet, der Leiter des Infrastrukturdienstes habe im Ausschuss zu Protokoll geben, er sei nicht über die Auflösung des ersten PPP-Vertrages informiert.

Und Sie werten das als Indiz dafür, dass das 2. Schulbauprogramm ins Stocken geraten ist: Sie sprechen in diesem Zusammenhang von Transparenz und interner Absprache. Dabei hat das eine mit dem anderen gar nichts zu tun. Das

1. PPP-Schulbauprogramm, auf das sich der Leiter des Infrastrukturdienstes bezogen hat, kann nicht ins Stocken geraten sein, weil die Gebäude ja schon lange stehen und dieser erste PPP-Schulbauvertrag hat mit dem zweiten nichts zu tun. Wenn die Regierung entschieden hat, die Finanzierungsformel für das erste PPP-Projekt aus guten Gründen zu ändern, so ist das, eine Aufgabe des Finanzdienstes, nicht des Infrastrukturdienstes. Der Infrastrukturdienst plant seinem Namen nach Infrastrukturen und somit auch das zweite Schulbauprogramm. Das erste hat mit dem zweiten nichts zu tun. Und glauben Sie mir, der Infrastrukturdienst weiss sehr wohl, dass das 2. Schulbauprogramm klassisch finanziert wird und der Leiter des Dienstes hat auch nie etwas anderes behauptet. Deshalb hat der Leiter des Infrastrukturdienstes ja auch schon Beratungsaufträge für das 2. Schulbauprogramm ohne PPP vorbereitet, es sind wichtige Vorarbeiten geleistet worden - auch wenn selbstverständlich Corona-bedingt Zeit verloren gegangen ist - und wie bereits in der Presse mitgeteilt wurde, rechnen wir im Februar damit, konkrete Planungen vorlegen zu können, wobei und das möchte ich betonen, ein Dialog mit den Beteiligten vor Ort sehr wichtig ist und wir diesen von einem Schulbaupädagogen begleiten lassen.

Kurz noch ein paar Worte zum IAWM:

Ja, das Einstiegsalter in die Lehre steigt. Lehrstellen bleiben unbesetzt, auch wenn die Anzahl Verträge stabil bleibt. Das hat auch demographische Gründe. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass das ZAWM sehr bemüht ist, neue Ausbildungsangebote zu entwickeln, so das neue Lehrprogramm Küchenfachkraft, für das auf Anhieb 7 Verträge abgeschlossen werden konnten.

Gleichzeitig ist die Optimierung der Berufs- und Ausbildungsorientierung dringend notwendig.

Das BIDA-Projekt wiederum wurde am 26. November verlängert und sieht eine Analyse der Bedürfnisse von Personen mit Migrationshintergrund vor.

Und auch die Schaffung eines neuen dualen Ausbildungsstatuts oder die Anpassung der aktuellen Industrielehre ist geplant, damit kürzere duale Ausbildungen mit individuell angepassten Begleitmaßnahmen (wie z.B. individuelle Sprachförderkurse, soziokulturelle und schulische Maßnahmen) möglich werden. In diesem Zusammenhang gilt es jedoch, im Vorfeld Fragen wie z.B. zur sozialen Absicherung und Arbeitsunfallsversicherung sowie zur Entschädigung zu klären. Wir bleiben da aber am Ball!

Jetzt zur Kinderbetreuung. Sie nimmt einen unverändert hohen Stellenwert in der Agenda der Regierung ein. Für die weitere Verbesserung der Kinderbetreuung hält die Regierung unverändert am Masterplan 2025 fest. Die Regierung hat das ambitionierte Ziel, die 100-prozentige Deckung des

tatsächlichen Bedarfs an Kinderbetreuung bis 2025 zu erreichen und jeder Familie mit Bedarf einen Platz in der Kinderbetreuung zu garantieren. Die Umsetzung der Maßnahmen des Masterplans 2025 für die Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird trotz Einschränkungen, die die Pandemie mit sich bringt, zielstrebig fortgeführt. Bereits jetzt befinden wir uns in Europa in der Spitzengruppe der Regionen mit einem der höchsten Deckungsgrade in der Kinderbetreuung. Und das ist gut so, denn die Kinderbetreuung ist elementar für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Frühjahr 2020 hat die Regierung schnell gehandelt, um die Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern und die Kinderbetreuung aufrecht erhalten zu können (Erlass vom 9. April 2020 + Erlass vom 9. Juli 2020). Die Mittel für die Kinderbetreuung wurden massiv erhöht. So wurde und wird den konventionierten und selbstständigen Tagesmüttern sowie den Tagesmütterhäusern eine Einkommensausfallentschädigung gewährt. Gleichzeitig wurde dem RZKB die vollständige Übernahme des Defizits der außerschulischen Betreuung zugestanden. Die Regierung hat sich zudem entschieden, die Finanzierung einer Not-Kinderbetreuung für systemrelevante Berufe und Eltern ohne Betreuungsmöglichkeit zu übernehmen. Vom 23. März 2020 bis zum 22. Mai 2020 wurden an drei Standorten (Eupen, Bütgenbach, St. Vith) von 6 Uhr morgens bis 23 Uhr abends Betreuungen organisiert. Die Weiterbildungsprämie wurde auch in diesem Jahr trotz Corona an die Tagesmütter ausgezahlt. Die Kredittage für die Eltern wurden ausgesetzt, so dass keine Kosten für die Eltern entstehen, wenn sie nicht auf die vertraglich vereinbarten Betreuungstage zurückgreifen. Dann wurde eine Aussetzung der Regeln zur Festlegung der Höchstanzahl zu betreuender Kinder und des Personalschlüssels beschlossen, um flexibel auf kurzfristige Betreuungsanfragen und Krankheits- oder Quarantänefälle eingehen zu können - alles unter der Voraussetzung, dass die Sicherheit der zu betreuenden Kinder dadurch nicht gefährdet wird. All diese Maßnahmen greifen bis zum 31. Dezember.

Das RZKB verfügt über einen öffentlichen Auftrag und ist ein wichtiger Partner zur Umsetzung des Masterplans 2025 für die Kinderbetreuung. Um die Finanzlage des Zentrums für Kinderbetreuung abzusichern und um es als zukunftsfähigen Dienst der Kinderbetreuung auszurüsten, wurden ab dem Jahr 2020 zusätzliche rekurrente Finanzmittel in Höhe von ca. 1 Million Euro vorgesehen. Die Erhöhung der Basisbezuschussung wird zu einer starken Verringerung des Defizits des RZKB führen und damit gleichzeitig zu einer Entlastung der Gemeinden beitragen.

Mit diesen Maßnahmen sollte das RZKB nunmehr über ein stabiles und zukunftssträchtiges Fundament verfügen, um moderne und zeitgemäße Dienstleistungen im Interesse der Eltern und der Kinder zu erbringen.

Die Inbetriebnahme des Portals für die Kinderbetreuung ist wiederum ein wichtiges, zukunftsweisendes Instrument, um den Bedarf an Kinderbetreuung künftig in Echtzeit ermitteln zu können.

Die Reform der Elternbeiträge des RZKB ist in vollem Gange. Die Regierung beabsichtigt, dass Kinderbetreuung zugänglich und bezahlbar bleibt und ist daher bemüht um eine sozialverträgliche Anpassung der Tarife, unter besonderer Berücksichtigung der Einkommensschwächeren und Alleinstehenden. Auch hohe Gehälter sind Bestandteil der neuen Tabelle. Der Unterschied zu den Elterntarifen bei den privaten Kinderbetreuungsstrukturen fällt damit - vor allem bei den hohen Einkommen - nicht mehr allzu groß aus. Diese Maßnahme erfolgt selbstverständlich in Konzertierung mit dem RZKB und den Gemeinden und soll im 2. Halbjahr 2021 in Kraft treten. Zu diesem Punkt gerne zu einem späteren Zeitpunkt mehr im Ausschuss III.

Da davon auszugehen ist, dass der Bedarf an Kinderbetreuung auch in Zukunft weiter ansteigen wird, müssen kollektive Betreuungsstrukturen wie Kinderkrippen geschaffen werden. Hier müssen wir in Steine investieren. Wir arbeiten an einer zukunftsorientierten Familienpolitik und wir nehmen die hierfür notwendigen Finanzmittel in die Hand. Allein für den Bau und den Ausbau von Kinderkrippen hat die Regierung zusätzliche 15 Mio. EUR in das Investitionsprogramm eingetragen. In Planung sind zurzeit verschiedene neue Kinderkrippen in Eupen und Amel und die Erweiterung bestehender Standorte. Das Tagesmütterhaus „Marienkäfer“ in Raeren wird sich ebenfalls vergrößern.

Das Modell der Co-Tagesmütter erweist sich zudem zunehmend als Erfolgsmodell. Der von der Regierung neu eingeführte Zuschuss pro Platz, der auch für die Tagesmütterhäuser vorgesehen ist, hat die Tagesmütter ermutigt, den Beruf zu ergreifen. Wir stellen seit Bekanntgabe der Maßnahme großes Interesse fest. Und so konnten auch neue selbstständige Tagesmütter hinzugewonnen werden, was mich ganz besonders freut.

Herr Jerusalem, Sie haben aber recht, wenn Sie sagen, dass der Beruf der Tagesmutter nicht genügend wertgeschätzt wird. Das ist uns sehr wohl bewusst. Wir werden daher weitere Initiativen mit den Akteuren der Kinderbetreuung ergreifen, um den Beruf attraktiver zu gestalten.

Die Föderalregierung hat außerdem im November 2020 eine erhöhte Steuerermäßigung für Kinderbetreuung beschlossen. Das ist schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung!

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft steht im engen Dialog und Austausch mit den Akteuren der Kinderbetreuung, um die Anliegen und Wünsche vor Ort zu erfassen und Konzepte zur Verbesserung der Lage auszuarbeiten. Diesem Prozess der Weiterentwicklung der Kinderbetreuung in Ostbelgien widme ich mich als zuständige Ministerin mit sehr viel Herzblut. Das dürfen Sie mir glauben.

Vielen Dank!